

foodwatch e.V.
Brunnenstraße 181
10119 Berlin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5215

An: Christian Dirschauer,
Vorsitzender des Finanzausschusses
Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stellungnahme von foodwatch e.V.

zu dem Antrag „Gastronomie stärken“ der Fraktionen SPD, FDP und SSW, Drucksache
20/3284 (neu)

foodwatch dankt für die Möglichkeit, im Rahmen der schriftlichen Anhörung zur Drucksache 20/3284 (neu) Stellung zu nehmen. Mit dem Antrag „Gastronomie stärken“ soll die Landesregierung unter Anderem aufgefordert werden, im Bundesrat einer dauerhaften Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent zuzustimmen.

Aus Sicht von foodwatch ist eine gezielte Umsatzsteuerreform, die Verbraucher:innen direkt entlastet, vorzuziehen. Da von der dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie vor allem große Fast-Food-Ketten profitieren würden, lehnt foodwatch diesen Vorschlag ab.

1. Bewertung des Antrags „Gastronomie stärken“

1.1 Profiteure: vor allem Fast-Food-Ketten

Die vorgeschlagene Maßnahme führt vor allem zu erheblichen Entlastungen großer, international agierender Fast-Food-Konzerne. Nach Berechnungen von foodwatch würde allein McDonald's mit rund **140 Millionen Euro** jährlich entlastet. Die gesamte Fast-Food-Branche käme auf Einsparungen von etwa **500 Millionen Euro pro Jahr**. Eine pauschale Steuererleichterung stärkt also gerade jene umsatzstarken Unternehmen, die ohnehin über erhebliche Marktanteile verfügen. Das ist aus Sicht von foodwatch keine gesundheitspolitisch sinnvolle Maßnahme.

1.2 Belastungen für die Allgemeinheit

Die fiskalischen Auswirkungen sind erheblich: Laut Berechnungen des **Instituts der deutschen Wirtschaft** summieren sich die Steuermindereinnahmen auf bis zu **48 Milliarden Euro in den nächsten zwölf Jahren**.

Damit wird eine erhebliche Haushaltsbelastung geschaffen. Diese kann andere politische Handlungsfelder einschränken. Angesichts knapper Kassen und dringend notwendiger Investitionen in Klimaschutz, Bildung und die öffentliche Gesundheitsversorgung ist die vorgeschlagene Maßnahme daher als politisch kurzsichtig und finanzpolitisch unverantwortlich einzustufen.

In Zeiten multipler Krisen ist es nicht vermittelbar, warum Milliarden an Steuereinnahmen zugunsten internationaler Fast-Food-Konzerne verschenkt werden sollen.

2. Alternative Lösungsansätze

Anstatt eine pauschale Umsatzsteuersenkung für die Gastronomie einzuführen, spricht sich foodwatch für eine gezielte, gesundheits- und klimapolitisch sinnvolle Mehrwertsteuerreform im Lebensmittelbereich aus:

- **Steuerbefreiung für Obst und Gemüse:** Entlastet Verbraucher:innen unmittelbar und fördert gesunde Ernährung.
- **Höhere Steuer auf Fleisch und Milch:** Spiegelt die ökologischen Folgekosten wider und setzt Anreize für nachhaltigere Ernährungsmuster.

Das **Thünen-Institut** hat die Wirkungen einer solchen Reform berechnet:

- **10 Millionen Tonnen weniger CO₂-Emissionen jährlich,**
- **20.000 vermeidbare ernährungsbedingte Todesfälle weniger pro Jahr,**
- **5,5 Milliarden Euro geringere Umwelt- und Gesundheitskosten.**

Das zeigt, dass eine gezielte Reform sowohl fiskalisch tragfähiger als auch gesellschaftlich sinnvoller wäre als die diskutierte pauschale Entlastung der Gastronomie.

3. Forderungen

foodwatch appelliert an den Schleswig-Holsteinischen Landtag, die dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie abzulehnen und sich für eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse stark zu machen.